

AWO-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Landesanwaltverband Mecklenburg-Vorpommern
Mehr Demokratie e. V. Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
ver.di-Bezirk Schwerin

Offener Brief

**an den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag Mecklenburg-Vorpommern,
Herrn Daniel Peters, MdL, sowie an die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion**

Schwerin, 6. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Peters, sehr geehrte Mitglieder der CDU-Fraktion,
unsere Organisationen eint ein gemeinsames Anliegen: stabile demokratische Institutionen und ein verlässlicher Rechtsstaat. Sie sichern die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger und sind Eckpfeiler für wirtschaftliche Prosperität – gerade in Zeiten wachsender politischer Polarisierung. Das setzt voraus, dass die Institutionen, die diesen Schutz garantieren, nicht durch politische Blockade lahmgelegt werden können.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Sie, sich der geplanten Reform der Richterwahlen in Mecklenburg-Vorpommern anzuschließen.

Im Kern geht es um eine technische Frage, die jedoch von herausragender Bedeutung für unsere Demokratie ist. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält einen Ersatzwahlmechanismus: Wird die Richterwahl im Parlament blockiert, soll das Gericht selbst Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen können, die dann mit absoluter statt mit Zwei-Drittel-Mehrheit gewählt werden. Es geht nicht darum, politische Mehrheiten auszuhebeln – es geht darum, eine verfassungsrechtliche Lücke zu schließen, bevor sie von Populisten und Extremisten ausgenutzt werden kann.

Wie real diese Gefahr ist, sehen wir im Thüringer Landtag: Dort blockiert die AfD mit einer Sperrminorität die Wahl des Richterwahlausschusses. Das ist kein unvorhersehbares Ereignis. Es ist das Ergebnis fehlender Vorsorge.

Dass ein anderer Weg möglich und richtig ist, hat die CDU in Sachsen-Anhalt gerade erst bewiesen: Gemeinsam mit vier weiteren Fraktionen hat sie im April 2026 eine Parlamentsreform beschlossen, die die Wahl von Verfassungsrichterinnen und -richtern absichert. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Andreas Schumann erklärte dabei: „Heute senden fünf

Faktionen dieses Landtages gemeinsam das Signal aus, dass wir unsere Demokratie nicht schutzlos Machtmissbrauch und Willkür überlassen.“ Das ist keine parteipolitische Weichenstellung – es ist staatspolitische Verantwortung.

Diese Haltung ist Ausdruck einer Überzeugung, die die CDU seit Jahrzehnten für sich in Anspruch nimmt: dass Stabilität und Verlässlichkeit des Rechtsstaats nicht wechselnden politischen Großwetterlagen unterliegen dürfen.

Wir wissen, dass die Frage, ob und wie die Verfassung angepasst werden soll, unterschiedliche Antworten zulässt. Unsere Perspektive ist eine andere als die einer Parlamentsfraktion: Wir erleben täglich, wie verlässliche Institutionen Voraussetzung für unsere Arbeit sind. Ein Verfassungsgericht, das durch Blockade geschwächt oder gar lahmgelegt werden kann, ist für uns keine abstrakte Gefahr – es ist eine konkrete Schwachstelle im Fundament des Gemeinwesens, das wir mitgestalten.

Wir, die Unterzeichnenden dieses Briefes, repräsentieren selbst einen Teil der Wählerschaft. Und wir sehen in dieser Reform keine Einschränkung demokratischer Mitwirkung, sondern deren Schutz.

Wir haben ein ernsthaftes Interesse daran, dass diese Reform gelingt. Wir bitten Sie deshalb, wieder in die Verhandlungen einzusteigen. Wir sind bereit, diesen Prozess zu begleiten und stehen für Gespräche zur Verfügung. Wenn eigene inhaltliche Schwerpunkte oder Formulierungen es Ihnen erleichtern, einen gemeinsamen Weg zu finden, so ist das aus unserer Sicht kein Kompromiss – sondern ein Gewinn für alle.

Ein Festhalten an der Ablehnung hingegen wäre schwer zu erklären – gegenüber unseren Mitgliedern, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und nicht zuletzt gegenüber Ihrer eigenen Parteigeschichte.

Sehr geehrter Herr Peters, wir bitten Sie: Kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück. Die verbleibende Zeit ist knapp, aber sie reicht. Was auf dem Spiel steht, ist mehr als eine Abstimmung – es geht um die Frage, ob wir als Gesellschaft gemeinsam dafür sorgen, dass unsere demokratischen Institutionen auch künftigen Belastungsproben standhalten.

Die demokratischen Institutionen Mecklenburg-Vorpommerns gehören uns Bürgerinnen und Bürgern. Im Bewusstsein dieser gemeinsamen Verantwortung wenden wir uns an Sie.

Mit freundlichem Gruß



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.



MEHR
DEMOKRATIE
Mecklenburg-Vorpommern



Landesanwaltverband
Mecklenburg-Vorpommern

